

Zusammenfassung der möglichen Einzelmaßnahmen zur Konsolidierung der Stadt Bremerhaven

Mögliche Einnahmeverbesserungen:

Maßnahme:	2012	2013	2014 f.	Beschlusslage	Hinweis
Tourismusabgabe *1)	500.000 €	500.000 €	500.000 €	Lt. Koalitionsvereinbarung für Bremen als auch Bremerhaven vorgesehen	Gesetzgebungskompetenz liegt beim Land.
Gewerbesteuer *1)		4.200.000 €	4.200.000 €	Lt. Koalitionsvertrag sind die Hebesätze insb. im Abgleich zu den Entwicklungen im Umland und in Bremen zu prüfen u. ggf. anzupassen.	Rechnerische jährliche Mehreinnahme bei einer Anhebung des Hebesatzes auf das Bremer Niveau. .
Grundsteuer A *1)		1.700 €	1.700 €		
Grundsteuer B *1)		2.200.000 €	2.200.000 €		
Hundesteuer *1)	100.000 €	100.000 €	100.000 €	Prüfuftrag der Koalition.	Rechnerische jährliche Mehreinnahme bei einer Anhebung des Hebesatzes auf das Bremer Niveau..
Neuausschreibung von Konzessionsverträgen für Strom- und Erdgasnetze	-	-	unbekannt		Ggf. durch (Teil-) Rekommunalisierung Mehreinnahmen möglich.
Neuausschreibung des Pachtvertrages Städtereklamе	-	-	-		Mehreinnahmen ab 2016 werden bei Neuausschreibung angestrebt.
Angestrebte Fusion der Sparkasse Bremerhaven mit der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln	-	unbekannt			Haushaltsentlastungen durch Ausschüttungen möglich.
Erhöhung der Parkgebühren auf öffentlichen Flächen	keine	keine	keine	Bisher keine politische Beschlussfassung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gegeben	Da die Nutzung der öffentlichen Parkflächen zurückgegangen ist, werden die Mehreinnahmen nur dazu dienen, den bisherigen Haushaltsansatz zu erreichen.

Einführung einer Straßenreinigungsgebühr			unbekannt	Bisher keine politische Beschlussfassung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gegeben	Ein Anteil der Kosten von 2,4 Mio.€ für die Reinigung der öffentlichen Straßen und Plätze und für den Winterdienst könnte über eine entsprechende Gebühr refinanziert werden.
Erhöhung von Bußgeldern für Schulverweigerer	unbekannt	unbekannt	unbekannt		
Einrichtung und Betrieb eines Tierfriedhofes		unbekannt	unbekannt	Prüfauftrag der Koalition	
Einführung für die Sondernutzung von öffentlichen Grünanlagen	5.000 €	5.000 €	5.000 €	Eine politische Entscheidung ist darüber nicht getroffen.	

- *1) Mögliche Einnahmeverbesserungen laut Vorlage Nr. II/52/2011 für den Magistrat

Mögliche Ausgabereduzierungen:

Maßnahme:	2012	2013	2014	Beschlusslage	Hinweis
Strukturelle Anpassung und Umgestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Land Bremen	unbekannt	unbekannt	unbekannt	Eine Übersicht von Projektanträgen wurde vom Magistrat an die Senatorin für Finanzen weiter geleitet.	Das Verfahren wird von der Senatorin für Finanzen betrieben. (Vorlage Nr. I/171/2011 für den Magistrat)
Kürzung des Sachmittelaushaltes (ohne Drittmittel) um 2 % im Bereich Umweltschutzamt auf Grundlage des aktuellen Budgets	2.800 €	2.800 €	2.800 €		Das Geld soll dauerhaft eingespart werden.
Aufgabe von Schulstandorten	unbekannt	unbekannt	unbekannt		Laufende Prüfung eines Schulstandortes im Sekundarbereich I (Kantschule(Humboldtschule) oder die Möglichkeit der Aufgabe des Nebengebäudes Fichteschule.